

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An die
Vorsitzende des Rates

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.04.2016

AN/0820/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.05.2016

Förderung der Elektromobilität in Köln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 10.05.2016 zu nehmen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich für mehr Elektromobilität in Köln aus und setzt sich zu diesem Zweck folgende Ziele:
 - a. bis zum Jahr 2020 sollen im Kölner Stadtgebiet vierhundert Stellplätze auf Flächen im öffentlichen Straßenland für das Laden von E-Fahrzeugen, E-Bikes und Pedelec umgewandelt bzw. eingerichtet und mit Ladestationen ausgerüstet werden. Die Einrichtung kann zunächst auf fünf Jahre befristet werden. Die Stellplätze sind auf der Grundlage des Elektromobilitätsgesetzes für E-Fahrzeuge und E-Bikes zum Laden der Batterie zu reservieren und Verstöße ordnungsrechtlich zu ahnden. Die Verfahren für die Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen von Ladestationen sollen deutlich beschleunigt werden.
 - b. Die Verwaltung unterstützt die RheinEnergie und die KVB darin, mindestens fünf Mobilitäts-Hubs an Verbindungsknoten von S-Bahn, Straßenbahn, Bus, Fahrrad, E-Bike- & E-Carsharing-Ladestationen zu errichten. Als Standorte sollen der Bahnhof Ehrenfeld, Bahnhof Mülheim, Bahnhof Deutz, Bahnhof Porz Wahn und Hauptbahnhof geprüft werden.

- c. Der Einsatz von E-Mobilität wird beim Carsharing-Angebot in Köln gefördert, in dem mehr Flächen im öffentlichen Raum (stationsbasiert) für E-Carsharing-Fahrzeuge, insbesondere auch durch eine Verbindung mit den unter b) dargestellten Mobilitäts-Hubs, zur Verfügung gestellt werden. Neue Carsharing-Standorte werden mit mindestens einer Ladestation und einem zusätzlichen öffentlichen Ladepunkt ausgewiesen.
 - d. Die öffentlichen Ladepunkte sind mit Ökostrom aus 100% erneuerbaren Energien zu beliefern.
 - e. Im Zuge neuer Quartiersentwicklungen ist E-Mobilität von Beginn an in städtebauliche Planungskonzepte einzubeziehen. Die Stadt soll in Bebauungsplänen Flächen für öffentliche Ladestationen ausweisen.
 - f. Die städtische Wirtschaftsförderung wird beauftragt, die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der Produktion, Montage und Wiederaufbereitung von E-Speichertechnologie gezielt zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Ratsgremien noch in diesem Jahr ein Konzept zur Umsetzung der hier aufgeführten Ziele und Vorhaben zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Antragsteller wollen Mobilität klimafreundlich und bequem für alle gestalten. Immer mehr Menschen nutzen im Alltag Fahrrad, Bus und Bahnen sowie Car-Sharing-Angebote und kombinieren verschiedene Verkehrsmittel. CDU und GRÜNE wollen das städtische Verkehrsgeschehen emissionsarm gestalten und eine nachhaltige Mobilität für alle in den Mittelpunkt stellen. Die Perspektive ist ein Wandel hin zu emissionsarmen Verkehrsmitteln. Ohne eine Änderung der Mobilität werden wir den Klimawandel nicht stoppen.

Die Verbreitung vollelektrisch betriebener Fahrzeuge stellt einen wesentlichen Baustein auf dem Weg zur emissionsfreien Mobilität der Zukunft dar; also zu weniger CO₂-, NO_x- und Feinstaubemissionen in unserer Stadt. Dazu soll auch Mobilität mit Elektromobilen ihren Beitrag leisten.

Öffentliche Ladeinfrastruktur ist notwendig für die weitere Entwicklung, da sie nicht nur für E-Fahrzeuge nutzbar sondern auch sichtbar für alle anderen Verkehrsteilnehmer und mit entscheidend für die Akzeptanz und die Willensbildung ist. Von den bisher in Köln durch die RheinEnergie installierten 115 Ladestationen steht - nach sechs Monaten Genehmigungszeitraum - eine einzige auf städtischem Grund. Die Verfahren für die Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen von Ladestationen müssen in der Zukunft deutlich beschleunigt werden. Ziel sollte sein, nach vollständigem Antrag innerhalb von zwei Wochen eine solche Genehmigung zu erhalten.

Fakt ist, dass eine Reihe von Kölner Unternehmen im Projekt „colognE-mobil“ unter Förderung des Bundesverkehrsministeriums gezeigt hat, was heute schon direkt umsetzbar und zukunftsweisend für die weitere Entwicklung ist. Diese Entwicklung wollen die Antragsteller weiter befördern. Die Zukunft des Industriestandorts hängt von Innovationsfähigkeit ab. In der E-Mobilität liegen Potenziale, die durch unsere hochqualifizierten Forschungseinrichtun-

gen entwickelt werden. Köln soll sich für Forschung und Entwicklung sowie Produktion CO₂-neutraler Antriebstechnologien im Rahmen der Wirtschaftsförderung einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Geschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer